

## Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuss

zu dem Gesetzentwurf  
der Landesregierung

Landtag  
Nordrhein-Westfalen  
13. Wahlperiode

Neudruck  
Vorlage 13/516

A06 + A16

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)**

**Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung**  
- Drucksache 13/400 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

**Ausschusses für Schule und Weiterbildung**

**Berichterstatter**

Abgeordneter Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU)

### Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 05 wird mit den aus dem Bericht ersichtlichen Änderungen angenommen.

## Bericht

### I. Beratungsverfahren

Der Ausschusses für Schule und Weiterbildung hat den Entwurf zum Einzelplan 05 und des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2001 und zur Regelung der interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2001 - Drucksache 13/402 - in seinen Sitzungen am 17. Januar 2001 und abschließend am 07. März 2001 beraten.

Zur Erläuterung der Etat-Ansätze des Sachhaushalts übersandte das Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung die Vorlage 13/313. Die Erläuterungen der Etat-Ansätze zum Personalhaushalt sind in der Vorlage 13/321 enthalten.

Es wurde über die in der Anlage dargestellten Änderungsanträge abgestimmt, nachdem die antragstellenden Fraktionen zuvor bei Bedarf ergänzende Erläuterungen vortrugen. Soweit erforderlich werden weitergehende Beratungen bzw. relevante Begründungen zu Änderungsanträgen nachfolgend aufgeführt. Im Übrigen wird auf die Ausführungen im Ausschuss-Protokoll verwiesen.

### II. Änderungsanträge

Die SPD-Fraktion erklärte, man habe sich bei den Änderungsanträgen von zwei Prinzipien leiten lassen. Zum einen seien entgegen dem Haushaltsentwurf in einigen Bereichen Anträge gestellt worden, um wieder die Ansätze des Vorjahres zu erreichen. Das betreffe insbesondere den Bereich der Weiterbildung und der Ermessensmittel bei der politischen Bildung.

Die SPD habe im Dortmunder Beschluss festgelegt, dass im schulischen Bereich nicht gekürzt werden solle. Deshalb wurden zum anderen Ansätze des Haushaltes auf den alten Stand zurückgeführt. Zusätzlich seien 40 000 DM für das Landesinstitut vorgesehen, um eine Expertise erstellen zu können, um im Bereich der Weiterbildung eine differenzierte Rechnungslegung schaffen zu können. Betreffend die Änderungsanträge der F.D.P.-Fraktion bezweifelte die SPD, ob die F.D.P. wegen der außerordentlich kurzfristigen Vorlage ihrer Anträge ernsthaft die Absicht habe, zu den Haushaltsberatungen konstruktiv etwas beizutragen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilte mit, zwischen den Koalitionsfraktionen sei ein guter Haushalt verhandelt worden, der solide finanziert sei. Man habe mit der Umsetzung der im Koalitionsvertrag und in der Regierungserklärung festgestellten Priorität für die schulische Bildung begonnen. Die GRÜNEN hätten sich in der Koalition darauf verständigt, dass der Zuwachs an Lehrkräften, der in die Vereinbarung aufgenommen wurde, verankert und dokumentiert, in welchen Jahren welche weiteren Stellen geschaffen werden. Was die neuen Medien in den Schulen anbelange, komme es darauf an, die Lehrkräfte zu qualifizieren. Deshalb werde eine deutliche Aufstockung der Mittel vorgenommen. Die Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisierte, die vorgelegten F.D.P.-Anträge seien finanzpolitisch unseriös, weil dabei auf "ungedruckte Schecks" gesetzt würde.

Die Sprecherin der CDU-Fraktion betonte, sie könne sich der Einschätzung nicht anschließen, dass ein solider Haushalt vorgelegt wurde, wenngleich einige

Verbesserungen erreicht sind, gemessen am Regierungsentwurf. Insgesamt sei der Haushalt allerdings Stückwerk und lasse die große Linie vermissen. Die CDU habe sich bei ihren Anträgen an der aktuellen Situation der Schulen vor Ort orientiert und danach auch die Priorität für eine 3%ige Stellenreserve gesetzt sowie eine weitere Anhebung um 1 350 Stellen. Als Deckungsvorschläge soll einerseits der Ansatz für "Geld statt Stellen" auslaufen. Zum anderen werde vorgeschlagen, den Personalhaushalt im gesamten Landeshaushalt um 1,5 % abzusenken.

Die SPD habe keine Mittel, um kurzfristig Unterrichtsausfälle, die längerfristig andauerten, entsprechend zu bewältigen. Das Instrument "Geld statt Stellen" greife nicht.

Bei dem Antrag der SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Kapitel 05 077 Titel 539 10 - Landesinstitut für Schule und Weiterbildung; fachliche Förderung der Weiterbildung (einschließlich der Fortbildung von Mitarbeitern der Einrichtung der Weiterbildung) erklärte die CDU, sie könne dem Antrag zustimmen, wenn in die Begründung der Passus "Bei der Entwicklung des Berichtssystems durch das Landesinstitut in Soest werden die Weiterbildungsverbände beteiligt" aufgenommen werde. Die antragstellenden Fraktionen waren damit einverstanden.

Der Sprecher der F.D.P.-Fraktion unterstrich, seine Fraktion sei der festen Auffassung, dass bezogen auf den gesamten Landeshaushalt für den Bereich Schule und Weiterbildung 1,5 % der Mittel an zusätzlichen Kapazitäten fehlten. Für die F.D.P. sei der Bildungsbereich verlässlich und chronisch unterfinanziert in Nordrhein-Westfalen. Es würden für den Schulbereich 1 Milliarde DM mehr Haushaltsprioritäten für Personalmittel zur Verbesserung der Unterrichtssituation benötigt. Darüber hinaus fehlten aber auch mehr Personalmittel zur Motivation der Lehrerschaft, zur Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufes und zum Stoppen der Abwanderung von Lehrern in andere Bundesländer. Ein zweiter Investitionsschwerpunkt sei eine massive Initiative für Schulbausanierung und Schulneubauten von 310 Millionen DM sowie der Multimediabereich im Umfang von 185 Millionen DM. Die F.D.P. begrüßte die Bereitschaft der Koalition, die Kürzung des Finanzministers im Weiterbildungsbereich zurückzunehmen, um den Weiterbildungseinrichtungen wieder Planungssicherheit zu geben. Zugleich bedauerte sie, dass die SPD ihren Änderungsanträgen wegen der etwas kurzfristigen Verfahrensfrage nicht zustimme.

### **III. Gesamtabstimmung**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmte dem Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung - in der Fassung der beschlossenen Änderungsanträge - mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. zu.

Dr. Heinz-Jörg Eckhold  
Vorsitzender

Anlage

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05  
im Ausschuss für Schule und Weiterbildung  
zum Haushaltsgesetz 2001

Personalhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/516

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	<p>Kapitel 05 077 Personalausgaben</p> <p>Streichung der Vorbemerkung zu den Personalausgaben</p> <p>Die so freigestellten Lehrer bleiben an den Schulen.</p> <p><b>Begründung:</b> Sicherstellung des Unterrichtsbedarfs an allen Schulformen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD           nein</p> <p>CDU           ja</p> <p>F.D.P.       ja</p> <p>GRÜNE       nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/516

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	CDU	<p>Kapitel 05 300            Titel 427 20            Vergütungen für Aushilfen</p> <p>Der Ansatz wird von 260 Mio DM um 120 Mio DM auf 140 Mio DM gekürzt.</p> <p><b>Begründung:</b>            Die neu eingerichtete Stellenreserve ab dem Schuljahr 2001/2002 ersetzt das Programm "Geld statt Stellen", das ab dem Schuljahr 2001/2002 gestrichen wird. Das zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung stehende Geld aus dem Programm "Geld statt Stellen" von 120 Mio DM wird der Stellenreserve zur Verfügung gestellt.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD           nein            CDU           ja            F.D.P.       nein            GRÜNE       nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	F.D.P.	<p>Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam - hier: Personalausgaben</p> <p>Titel 427 20 - Vergütungen für Aushilfen -</p> <p>Minderung des Baransatzes</p> <p>von 260 000 000 DM um 260 000 000 DM auf 0 DM</p> <p>Haushaltsvermerk</p> <p>1. Die freiwerdenden Mitteln sind vollständig in Kapitel 20 020, Titel 461 10 (Vermerk 1) einzustellen und zur Verstärkung der Lehrer-Stellenreserve bestimmt.</p> <p><b>Begründung:</b> Das Programm "Geld statt Stellen" soll gestrichen werden, da es sich als Instrument für eine qualitativ gute und ausreichende Unterrichtsversorgung nicht bewährt hat. Es führt zu einem ständigen Wechsel der Bezugspersonen für die Schulkinder und ist äußerst bürokratisch organisiert.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	F.D.P.	<p>Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam - hier: Personalausgaben</p> <p><b>Neuer Titel 427 ... - Vergütungen für Lehrer-Dienstjubiläen</b></p> <p>Neuer Haushaltsansatz</p> <p>3 000 000 DM</p> <p><b>Begründung:</b>  Wie in anderen Berufsfeldern, so sollten auch Lehrer an öffentlichen Schulen eine Jubiläumsprämie als Anerkennung für ihre langjährige beruflichen Tätigkeit erhalten. Auch andere Bundesländer haben eine derartige Prämie, wie es sie auch in NRW noch vor einigen Jahren gab, wieder eingeführt. Zudem wäre mit diesem positiven Anreiz in Form einer Prämie für Lehrer-Dienstjubiläen eine motivierende Wirkung bei den Lehrern verbunden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD           nein  CDU           ja  F.D.P.       ja  GRÜNE      nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis						
5	SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p><b>Kapitel 05 320 (Öffentliche Hauptschulen)</b>  <b>Titel 422 10 Bezüge der Beamten (und Richter)</b></p> <p>Erhöhung de Lehrerstellen für Hauptschulen von 17.510 um 150 auf 17 660.</p> <p>a) Erhöhung des Baransatzes</p> <table border="0"> <tr> <td>von</td> <td>1 453 800 000 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>6 300 000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>1 460 100 000 DM</td> </tr> </table> <p>(nachrichtlich:          .Kosten ab Haushaltsjahr 2002 15 000 000 DM</p> <p>b) Der <b>Stellenplan</b> wird wie folgt geändert:          Bes.Gr. A 12: 3 342 Lehrer/Lehrerin - mit der Befähigung für das Lehramt der Sekundarstufe I bei entsprechender Verwendung -</p> <p>Die Erläuterungen <b>Zu den Personalausgaben</b> werden wie folgt geändert:          Stellen für den Unterrichtsbedarf insgesamt          Dazu zum Ausgleich          a) für Lehrer/Lehrerinnen, die Aufgaben an Schulen mit besonderen Problemen und Belastungen</p>	von	1 453 800 000 DM	um	6 300 000 DM	auf	1 460 100 000 DM	<p>angenommen</p> <p>SPD ja          CDU ja          F.D.P. nein          GRÜNE ja</p>
von	1 453 800 000 DM								
um	6 300 000 DM								
auf	1 460 100 000 DM								

Anlage zu Vorlage 13/516

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 5		<p>und/oder Aufgaben der inneren Schulentwicklung wahrnehmen (Zeitbudget) 358</p> <p><b>Begründung:</b>                      Die zusätzlichen Stellen dienen der pädagogischen Bewältigung besonders belastender Sachverhalte; Kinder und Jugendliche aus armen Familien und in schwierigen Wohnverhältnissen, mit Migrationshintergrund und gravierenden Lernschwierigkeiten</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 05 330 (Öffentliche Realschulen)  Titel 422 10 Bezüge der Beamten (und Richter)</p> <p>Erhöhung der Lehrerstellen für Realschulen von 14 474 um 500 auf 14 974.</p> <p>a) Erhöhung des Baransatzes  von 1 257 654 000 DM  um 21 000 000 DM  auf 1 278 654 000 DM  (nachrichtlich:  Kosten ab Haushaltsjahr 2002) 50 000 000 DM</p> <p>b) Der Stellenplan wird wie folgt geändert.  Bes.Gr. A 12: 3 651 Lehrer/Lehrerin - mit der Befähigung für das Lehramt der Sekundarstufe I bei entsprechender Verwendung -</p> <p>Die Erläuterungen Zu den Personalausgaben werden wie folgt ergänzt: Stellen für den Unterrichtsbedarf insgesamt</p> <p>...  Dazu zum Ausgleich  a) ...  F) für die Verbesserung der fachspezifischen Unterrichtsversorgung 500</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja  CDU ja  F.D.P. nein  GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis						
7	SPD/BÜNDNIS GRÜNEN	<p>Kapitel 05 380 (Öffentliche Gesamtschulen)            Titel 422 10 Bezüge der Beamten (und Richter)</p> <p>Erhöhung der Lehrerstellen für Gesamtschulen von 14 092 um 75 auf 14 167.</p> <p>a) Erhöhung des Baransatzes</p> <table border="0"> <tr> <td>von</td> <td>1 197 910 000 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>3 150 000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>1 201 060 000 DM</td> </tr> </table> <p>(nachrichtlich:            Kosten ab Haushaltsjahr 2002 7 500 000 DM</p> <p>b) Der Stellenplan wird wie folgt geändert:</p> <p>Bes.Gr. A 12: 2 788 Lehrer/Lehrerin - mit der Befähigung für das Lehramt der Sekundarstufe I bei entsprechender Verwendung -</p> <p>Die Erläuterungen Zu den Personalausgaben werden wie folgt geändert:            Stellen für den Unterrichtsbedarf insgesamt            Dazu zum Ausgleich</p> <p>a) für Lehrer/Lehrerinnen, die Aufgaben an Schulen mit besonderen Problemen und Belastungen</p>	von	1 197 910 000 DM	um	3 150 000 DM	auf	1 201 060 000 DM	<p>angenommen</p> <p>SPD ja            CDU ja            F.D.P. nein            GRÜNE ja</p>
von	1 197 910 000 DM								
um	3 150 000 DM								
auf	1 201 060 000 DM								

Anlage zu Vorlage 13/516

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 7		<p>und/oder Aufgaben der inneren Schulentwicklung wahrnehmen (Zeitbudget) 170</p> <p><b>Begründung:</b>  Die zusätzlichen Stellen dienen der pädagogischen Bewältigung besonders belastender Sachverhalte: Kinder und Jugendliche aus armen Familie und in schwierigen Wohnverhältnissen mit Migrationshintergrund und gravierenden Lernschwierigkeiten.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 05 390 (Öffentliche Sonderschulen)  Titel 422 10 Bezüge der Beamten (und Richter)</p> <p>Erhöhung der Lehrerstellen für Sonderschulen von 13 203 um 75 auf 13 278.</p> <p>a) Erhöhung des Baransatzes  von 1 089 754 000 DM  um 3 150 000 DM  auf 1 092 904 000 DM  (nachrichtlich:  Kosten ab Haushaltsjahr 2002 7 500 000 DM</p> <p>b) Der Stellenplan wird wie folgt geändert:  Bes.Gr. A 13: 9 223 Sonderschul-  lehrer/Sonderschullehrerin</p> <p>Die Erläuterungen Zu den Personalausgaben werden wie folgt geändert:  Stellen für den Unterrichtsbedarf insgesamt  Dazu zum Ausgleich  a) für Lehrer/Lehrerinnen, die Aufgaben an Schulen mit besonderen Problemen und Belastungen und/oder Aufgaben der inneren Schulentwicklung wahrnehmen (Zeitbudget) 146</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja  CDU ja  F.D.P. nein  GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/516

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 8		<p><b>Begründung:</b>  Die zusätzlichen Stellen dienen der pädagogischen Bewältigung besonders belastender Sachverhalte: Kinder und Jugendliche aus armen Familien und in schwierigen Wohnverhältnissen, mit Migrationshintergrund und gravierenden Lernschwierigkeiten.</p>	

Anlage zu Vorlage 13/516

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
9	CDU	<p>Einrichtung eines neuen Titels zur Schaffung einer Stellenreserve</p> <p>Zur Schaffung einer Stellenreserve von 3 950 Stellen ab dem Schuljahr 2001/2002 werden zusätzlich 182 000 000 DM aus-gebracht.</p> <p><b>Begründung:</b> Das Instrument "Geld statt Stellen" hat die Stellenreserve nicht ersetzen können. Zur Garantie des Unterrichts ist die Wiedereinrichtung einer Stellenreserve unumgänglich. Diese soll ab dem Schuljahr 2001/2002 errichtet werden. Hierzu wird das bisherige Programm "Geld statt Stellen" sowie 1 350 in den Einzelplänen linear eingesparte Stellen verwandt.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD           nein CDU           ja F.D.P.       nein GRÜNE      nein</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05  
im Ausschuss für Schule und Weiterbildung  
zum Haushaltsgesetz 2001**

**Sachhaushalt**

Anlage zu Vorlage 13/516

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	<p>Kapitel 05 010 Titel 512 20 011 Herstellungs- und Versandkosten für die Bekanntgabe von Vorschriften, Richtlinien und Empfehlungen im Schulbereich</p> <p>Der Ansatz von 542 000 DM soll auf 271 000 DM gekürzt werden.</p> <p><b>Begründung:</b> Diese Mittel können durch kostengünstigere Produktion und Verwendung via Internet eingespart werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD           nein CDU           ja F.D.P.       nein GRÜNE      nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/516

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	CDU	<p>Kapitel 05 010            Titel 531 20 013  <b>Öffentlichkeitsarbeit des MSWF</b></p> <p>Der Ansatz wird von 1 137 000 DM auf 568 500 DM gekürzt.</p> <p><b>Begründung:</b>            Der Hauptteil der Publikationen kann über das Internet zur freien Verfügung gestellt werden, zudem können die Publikationen kostengünstiger hergestellt werden. Eine "bescheidenere" Ausführung wäre wünschenswert.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD.           nein            CDU           ja            F.D.P.       nein            GRÜNE       nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	F.D.P.	<p>Kapitel 05 020 Allgemeine Bewilligungen            Titelgruppe 61 e-nitiative.nrw - Netzwerk für Bildung            Titel 685 61 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Erhöhung des Baransatzes            von 14 000 000 DM            um 10 000 000 DM            auf 24 000 000 DM</p> <p><b>Begründung:</b>            Medienkompetenz ist eine Schlüsselkompetenz zukunftsorientierter Bildung. Deshalb haben Landesregierung und kommunale Spitzenverbände eine fünfjährige Zusammenarbeit auf der Basis einer jährlichen Landesförderung der e-nitiative.nrw in Höhe von 14 000 000 DM vereinbart. Seither hat sich jedoch gezeigt, dass diese Mittel angesichts der enormen finanziellen Herausforderung für die Kommunen bei dieser Aufgabe nicht ausreichend sind. Die kommunalen Spitzenverbände verweisen zu Recht darauf, dass das finanzielle Engagement des Landes bis 2005 mit 14 000 000 DM jährlich nicht abschließend definiert sein kann. Die erforderliche Ausstattung und Infrastruktur für den Internet-Bereich, die Grundqualifikation und Fortbildung der Lehrer sowie der Bedarf an Lernsoftware macht eine deutliche Erhöhung der Förderung des Landes bei der e-nitiative.nrw notwendig.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein            CDU nein            F.D.P. ja            GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/516

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 05 020            Titelgruppe 61            Titel 685 61</p> <p>Bewilligungen            e-initiative.nrw - Netzwerk für Bildung            Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland.</p> <p>Erhöhung des Baransatzes            von 14 000 000 DM            um 1 500 000 DM            auf 15 500 000 DM</p> <p><b>Begründung:</b>            Alle nordrhein-westfälischen Schulen wurden internetfähig gemacht, alle Lehrkräfte sollen für das Lernen mit neuen Medien qualifiziert werden. Außerdem muss das Angebot der e-initiative auf aktuelle Bedarfe ausgeweitet werden, so u. a. die Wartung von Computern und Programmen auf Fortbildungsangeboten im Bereich Arbeitsschutz.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja            CDU nein            F.D.P. nein            GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/516

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	F.D.P.	<p>Kapitel 05 020 Allgemeine Bewilligungen            Titelgruppe 90 Aus- (und Fort)bildung der Bediensteten            Titel 547 90 Sächliche Verwaltungsausgaben</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 23 943 000 DM            um 25 000 000 DM            auf 48 943 000 DM</p> <p>Neuer Haushaltsvermerk:</p> <p>1. Im Umfang von 28 198 000 DM sind die Mittel für die Lehrerfortbildung im Bereich der Neuen Medien (s. Erläuterungsteil Punkt 2.3.3 Fortbildung - Neue Informations- und Kommunikationstechnologie) bestimmt.</p> <p>2. Im Umfang von 3 000 000 DM sind die Mittel für die Lehrerfortbildung und Lehrerqualifizierung für den Unterricht mit hochbegabten Schülern bestimmt (siehe Erläuterungsteil Punkt 1.6 neu: "Qualifikationserweiterung - Qualifikationserweiterung - Hochbegabtenförderung".</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein            CDU nein            F.D.P. ja            GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 5		<p><b>Begründung:</b>            Neben der notwendigen Ausstattung der Schulen mit Hard- und Software ist es erforderlich, ausreichend qualifiziertes Lehrpersonal zur Vermittlung von Medienkompetenz einzusetzen. Die rasante Entwicklung im Bereich der Neuen Medien und der Nutzung des Internets bedarf einer umfassenden Weiterentwicklung der Fortbildungsangebote sowie eine Ausweitung der Fortbildungsmaßnahmen für das Lehrpersonal. Notwendig ist eine ausreichende Anzahl qualifizierter Lehrer, damit an allen Schulen in NRW unter fachdidaktisch-methodisch guter Anleitung das Internet und Multimedia zur Vorbereitung des Unterrichtes sowie zur Verwendung als Lernmittel im Unterricht in Anspruch genommen werden kann. Nur so besteht die Chance, dass alle Schulkinder in NRW Medienkompetenz erwerben können und nur so kann sichergestellt werden, dass alle Schulkinder die gleichen Chancen beim Erwerb von Medienkompetenz erhalten.</p> <p>Zielsetzung nordrhein-westfälischer Bildungspolitik muss es auch sein, hochbegabte Kinder entsprechend ihren außerordentlichen Befähigungen zu fordern und zu fördern. Im Rahmen der Umsetzung eines entsprechenden Konzeptes zur Hochbegabtenförderung in NRW, bedarf es hierzu qualifizierte Lehrer. Mit den zusätzlichen Mitteln sollen sowohl die Lehrerausbilder als auch die Lehrer selbst für die Unterrichtserteilung im Rahmen der Hochbegabtenförderung qualifiziert werden.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	F.D.P.	<p>Kapitel 05 020 Allgemeine Bewilligungen            hier: Besondere Finanzierungsausgaben            Neue Titelgruppe Hochbegabtenförderung            Neuer Baransatz 1 000 000 DM            Haushaltsvermerk:</p> <p>1. Die Mittel sind für Gutachter Tätigkeiten, Personalausgaben, Sachmittelausgaben, Fachtagungen und Personalkosten für die wissenschaftliche Begleitung von Schulversuchen usw. bestimmt.</p> <p>2. Die Mittel der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</p> <p><b>Begründung:</b>            Zielsetzung nordrhein-westfälischer Bildungspolitik muss es auch sein, hochbegabte Kinder entsprechend ihren außerordentlichen Befähigungen zu fordern und zu fördern. Im Rahmen der Umsetzung eines entsprechenden Konzeptes zur Hochbegabtenförderung in NRW bedarf es hierzu auch der Erstellung bzw. des Erwerbs geeigneter Lehr- und Lernmittel sowie der Erarbeitung methodisch-didaktischer Unterrichtskonzepte für den Unterricht mit hochbegabten Schülern.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein            CDU nein            F.D.P. ja            GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/516

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	CDU	<p>Kapitel 05 077 Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest</p> <p>Titel 524 10 154 Kosten für Richtlinien und Lehrplankommissionen für Sachverständige bzw. Gutachten</p> <p>Der Ansatz 573 000 DM wird auf 300 000 DM gekürzt.</p> <p><b>Begründung:</b> Diese Dienstleistung kann über das Internet gewährleistet werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/516

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	CDU	<p>Kapitel 05 077 Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest</p> <p>Titel 531 10 154 Kosten der Dokumentation und Dokumentationsdienstleistung</p> <p>Der Ansatz von 62 000 DM wird gestrichen.</p> <p><b>Begründung:</b> Diese Dienstleistung kann über das Internet gewährleistet werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. nein GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
9	SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 05 077 Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest</p> <p>Titel 532 20 (neu) Kosten für die Zeitschrift "Forum Schule"</p> <p>Vermerk:  Mehrausgaben dürfen in Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 20 geleistet werden. Korrespondenzvermerk bei Titel 119 20</p> <p>Neuer Baransatz 459 000 DM</p> <p>Deckung:  Kapitel 05 020 Allgemeine Bewilligungen  Titel 547 90 Sächliche Verwaltungsausgaben  Absenkung des Ansatzes</p> <p>von 23 943 000 DM  um 326 000 DM  auf 23 617 000 DM</p> <p>Kapitel 05 077 Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest  Titel 512 20 Herstellung und Versandkosten für Handreichungen zur Schul- und Unterrichtsorganisation und -praxis</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja  CDU nein  F.D.P. nein  GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/516

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Absenkung des Ansatzes            von 86 000 DM            um 10 000 DM            auf 76 000 DM</p> <p>Titel 518 10 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume</p> <p>Absenkung des Ansatzes            von 45 000 DM            um 45 000 DM            auf 0 DM</p>	
		<p>Titel 526 10 Kosten für Richtlinien- und Lehrplankommissionen sowie Sachverständige und Gutachten</p> <p>Absenkung des Ansatzes            von 573 000 DM            um 10 000 DM            auf 563 000 DM</p> <p>Titel 547 10 Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben</p>	

Anlage zu Vorlage 13/516

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Absenkung des Ansatzes</p> <p>von 837 000 DM</p> <p>um 48 000 DM</p> <p>auf 789 000 DM</p> <p>Titel 547 60 Sächliche Verwaltungsaufgaben</p> <p>Absenkung des Ansatzes</p> <p>von 496 000 DM</p> <p>um 20 000 DM</p> <p>auf 476 000 DM</p> <p><b>Begründung:</b>            Es soll die regelmäßige Herausgabe der Zeitschrift "Forum Schule" zur Verbesserung der Qualität der schulischen Arbeit ermöglicht werden.            Die Zeitschrift wurde bislang nur unregelmäßig herausgegeben und aus verschiedenen Haushaltsstellen finanziert.</p>	

Anlage zu Vorlage 13/516

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
10	F.D.P.	<p>Kapitel 05 077 Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest</p> <p>Titel 539 10 Fachliche Förderung der Weiterbildung (einschließlich der Fortbildung von Mitarbeitern der Einrichtungen der Weiterbildung)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 229 000 DM</p> <p>um 11 000 DM</p> <p>auf 240 000 DM</p> <p><b>Begründung:</b> Beibehaltung des Haushaltsansatzes aus 2000. Die beabsichtigte Kürzung ist angesichts der Zielsetzung der Modernisierung der Weiterbildung nicht sachgerecht.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU nein</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
11	SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 05 077 Titel 539 10</p> <p>Landesinstitut für Schule und Weiterbildung Fachliche Förderung der Weiterbildung (einschließlich der Fortbildung von Mitarbeitern der Einrichtung der Weiterbildung)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes von 229 000 DM um 40 000 DM auf 269 000 DM</p> <p><b>Begründung:</b> Das zum 01.01.2000 in Kraft getretene Gesetz zur Modernisierung der Weiterbildung enthält in den §§ 20 und 21 die Verpflichtung, die bisherige Arbeit jährlich zu bewerten und die Wirksamkeit des Gesetzes zu überprüfen. Voraussetzung dafür ist die Einführung eines datengestützten qualifizierten Berichtssystems, das vom Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest zu entwickeln ist. Die Entwicklungskosten werden auf 40 000 DM veranschlagt. Die Entwicklung des Berichtssystems ist durch den auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten und am 12.04.2000 beschlossenen Antrag "Modernisierung der Weiterbildung umsetzen - Qualität sichern" vorgegeben.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/516

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
12	CDU	<p>Kapitel 05 077 Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest</p> <p>Titel 812 10 154 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und ausrüstungsgegenstände im Inland</p> <p>Der Ansatz von 110 000 DM wird auf 60 000 DM gekürzt.</p> <p><b>Begründung:</b> Da das Institut schon über eine weitreichende Ausstattung verfügt, sind weitere Investitionen nur im angegebenen Rahmen zu vertreten.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. nein GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/516

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
13	CDU	Kapitel 05 300 Titel 527 10 129 Reisekostenvergütung für Dienstreisen  Der Ansatz von 3 800 000 DM wird um 460 000 DM auf 4 260 000 DM erhöht.	einstimmig angenommen  SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
14	SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 05 300 Schulen gemeinsam            Titel 527 10 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 3 800 000 DM            um 460 000 DM            auf 4 260 000 DM</p> <p><b>Begründung:</b>            In den letzten Jahren hat es im Schulbereich eine Reihe von Neuregelungen gegeben, die zu einem erheblichen Anstieg der Reisekosten geführt haben und führen werden, so z. B. die Initiative zur Förderung mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Bildung an allgemeinbildenden Schulen, Praktika in Berufskollegs und das Verfahren nach der Verordnung über die Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja            CDU ja            F.D.P. ja            GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/516

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
15	F.D.P.	<p>Kapitel 05 300 Schulen gemeinsam</p> <p>Hier: Sächliche Verwaltungsausgaben</p> <p>Titel 527 10 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 3 800 000 DM</p> <p>um 460 000 DM</p> <p>auf 4 260 000 DM</p> <p><b>Begründung:</b> Beibehaltung des Haushaltsansatzes aus 2000.</p> <p><b>Begründung:</b> Der Ansatz ist entsprechend dem Bedarf nach Weiterbildung und den steigenden Schülerzahlen anzupassen. Gerade im Bereich der Teilabteilungen, für Schülerbesuche bei Praktika, die ambulante Frühförderung und im Bereich Zweitkorrektur sind weitere Mittel erforderlich.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/516

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
16	CDU	<p>Kapitel 05 300  Titel 527 30  Reisekostenvergütung für Schulwanderungen und Schulfahrten</p> <p>Der Ansatz von 4 439 000 DM wird um 561 000 DM erhöht.</p> <p><b>Begründung:</b>  Um die Ausbildung in der Schule sowohl durch praktische Anschauung zu ergänzen, ist die Erhöhung notwendig. Auch wird durch Schulfahrten die soziale Kompetenz und das Zusammen der Klassen gestärkt. Zudem ist der Ansatz den steigenden Schülerzahlen entsprechend anzupassen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD           nein  CDU           ja  F.D.P.       nein  GRÜNE      nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/5/16

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
17	F.D.P.	<p>Kapitel 05 300 Schulen gemeinsam</p> <p>hier: Sächliche Verwaltungsausgaben</p> <p>Titel 527 30 Reisekostenvergütungen für Schulwanderungen und Schulfahrten</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 4 439 000 DM</p> <p>um 211 000 DM</p> <p>auf 4 650 000 DM</p> <p><b>Begründung:</b> Beibehaltung des Haushaltsansatzes aus 2000.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
18	SPD/BÜNDNIS GRÜNEN	<p>Kapitel 05 300 Titel 527 30</p> <p>Schulen gemeinsam Reisekostenvergütungen für Schulwanderungen und Schulfahrten</p> <p>Erhöhung des Baransatzes von 4 439 000 DM um 211 000 DM auf 4 650 000 DM</p> <p><b>Begründung:</b> Schulwanderungen und Schulfahrten leisten einen wichtigen Beitrag zur Motivation und Stärkung der sozialen Kompetenz von Schülerinnen und Schülern. Die bisherigen Mittel reichen bereits bisher nicht aus, um die entstandenen Reisekosten in vollem Umfang zu erstatten. Eine Reduzierung des Ansatzes würde sich auf die Bereitschaft, solche Wanderungen und Fahrten durchzuführen, negativ auswirken.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
19	SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 05 300 Titel 539 20</p> <p>Schulen gemeinsam Förderung der überörtlichen Arbeit der Schülervertretungen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes von 301 000 DM um 14 000 DM auf 315 000 DM</p> <p><b>Begründung:</b> Schülerinnen und Schülervertretungen tragen zur gesellschaftlichen Partizipation von Kindern und Jugendlichen bei. Der vom Landtag beschlossene Antrag "Schule der Zukunft gestalten - Dialog zum Modellvorhaben "NRW-Schule21" vorbereiten" sieht u. a. vor, dass die Mitbestimmungsmöglichkeiten von Eltern, Kindern, Jugendlichen und Lehrkräften verbessert werden sollen. Gerade bei dem Dialog zum Modellvorhaben "NRW-Schule 21" entstehen zusätzliche Anforderungen an die überörtliche Arbeit der Schülervertretungen.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/516

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
20	SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 05 300 Titel 541 30</p> <p>Schulen gemeinsam Woche der Schulkultur NRW und "Schul- theater der Länder"</p> <p>Erhöhung des Baransatzes von um auf</p> <p>165 000 DM 45 000 DM 210 000 DM</p> <p><b>Begründung:</b> Schülerinnen und Schüler sollen Kunst und Kultur aktiv gestalten. Überregionale Veranstaltungen dienen der verbesserten Zusammenarbeit der Schulen im kulturellen Bereich.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/516

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis												
21	SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 05 300 Titelgruppe 70</p> <p>Schulen gemeinsam Zusätzliche Betreuungsangebote an Grund- und Sonderschulen ("Schule von acht bis eins") sowie außerunterrichtlichen Förderangeboten für ganztägige Betreuung in der Primarstufe ("13plus") und Durchführung von Silentien</p> <p>Titel 653 70 Zuweisungen an Gemeinden (GV)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table border="0"> <tr> <td>von</td> <td>44 300 000 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>2 500 000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>46 800 000 DM</td> </tr> </table> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung</p> <table border="0"> <tr> <td>von</td> <td>29 900 000 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>2 500 000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>32 400 000 DM</td> </tr> </table> <p>Die Erläuterungen werden wie folgt verändert: Die zusätzlichen Mittel sind in Höhe von 1 300 000 DM vorgesehen zur Erhöhung des Unterteils 3 der Erläuterungen, d.i. "Ganztägige Betreuung ("13plus P") und in Höhe von 1 200 000 DM zur Erhöhung des Unterteils 4 der Erläuterungen, das sind Silentien.</p>	von	44 300 000 DM	um	2 500 000 DM	auf	46 800 000 DM	von	29 900 000 DM	um	2 500 000 DM	auf	32 400 000 DM	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. nein GRÜNE ja</p>
von	44 300 000 DM														
um	2 500 000 DM														
auf	46 800 000 DM														
von	29 900 000 DM														
um	2 500 000 DM														
auf	32 400 000 DM														

Anlage zu Vorlage 13/5/16

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 21		<p><b>Begründung:</b>                      Insbesondere in Stadtteilen mit besonderen Problemlagen werden zusätzliche Mittel benötigt, um Kinder und Jugendliche besser betreuen zu können, insbesondere bei den Hausaufgaben. Die Mittel sind vor allem für Grundschul Kinder vorgesehen.</p>	

Anlage zu Vorlage 13/516

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
22	SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 05 300 Schulen gemeinsam            Titelgruppe 82 Innovationsfonds für Schule            Titel 547 82 Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben</p> <p>Erhöhung des Baransatzes            von 334 000 DM            um 80 000 DM            auf 414 000 DM</p> <p>Erhöhung des Baransatzes            von 400 000 DM            um 350 000 DM            auf 750 000 DM</p> <p>Die Erläuterungen werden wie folgt geändert:            Die Erhöhungsmittel sind in Höhe von 80 000 DM vorgesehen zur Erhöhung des Unterteils 4.1 "Gutachterliche Begleitung des Schulversuchs Gemeinsamer Unterricht in der Sekundarstufe I (zielfferent)" und in Höhe von 350 000 DM zur Erhöhung des Unterteils 5 "Personalkosten für die wissenschaftliche Begleitung von Schul- und Modellversuchen". Die Erläuterungen zum Unterteil 5 werden wie folgt neu gefasst: "Personalkosten für die wissenschaftliche Begleitung</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja            CDU nein            F.D.P. nein            GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 22		<p>von Schul- und Modellversuchen, hier "NRW-Schule 21".</p> <p><b>Begründung:</b>            Um die Ergebnisse des Schulversuchs zum gemeinsamen Unterricht behinderter und nicht behinderter Kinder auswerten zu können, bedarf es zusätzlicher Mittel für Gutachten. Bis 2005 soll nach Auswertung des Gutachtens in jeder kreisfreien Stadt und jedem Kreis mindestens ein Angebot gemeinsamer Beschulung in der Sekundarstufe I geschaffen werden. Das geplante Modellvorhaben "NRW-Schule 21" soll gemäß entsprechendem Landtagsbeschluss im übernächsten Schuljahr beginnen. Zur Information und Motivation der Eltern, Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Schulträger sowie zur wissenschaftlichen Begleitung werden schon im Vorfeld Mittel benötigt.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
23	SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 05 310 Öffentliche Schulen            Titel 653 20 Zuweisungen an Gemeinden für Grund-            schulen zur vorschulischen Förderung in            der deutschen Sprache für Kinder aus            Migrantenfamilien</p> <p>Erhöhung des Baransatzes            von 1 200 000 DM            um 1 200 000 DM            auf 2 400 000 DM</p> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung            von 1 200 000 DM            um 600 000 DM            auf 1 800 000 DM</p> <p><b>Begründung:</b>            Eine gezielte Förderung der Kinder mit Migrationshintergrund            ist ein wichtiger Beitrag zur Chancengleichheit. Das vorrangig-            e Ziel muss deshalb der frühestmögliche Erwerb der deut-            schen Sprache sein. Erhöhung der VE ist notwendig, um die            Maßnahme in gleichem Umfang auch vor dem Schuljahr            2002/2003 durchführen zu können.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja            CDU ja            F.D.P. ja            GRÜNE ja</p>



Das Finanzministerium

des Landes Nordrhein - Westfalen

Vorlage an den Haushalts- und  
Finanzausschuss des Landtages

- Anlage zur Vorlage 13/516

13/517

13/520

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2001

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung -

Anlagen: Änderungen in den Haushaltsansätzen

- Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
	<u>Einzelplan 05: Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung</u>			
05 020	Allgemeine Bewilligungen			
TGr. 61	<u>e-initiative.nrw - Netzwerk für Bildung</u> <i>Haushaltsvermerke unverändert</i>			
685 61	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland <i>Verpflichtungsermächtigung unverändert</i>	14.000.000	+ 1.500.000	15.500.000
TGr. 90	<u>Aus- (und Fort) bildung der Bediensteten</u> <i>Haushaltsvermerke unverändert</i>			
547 90	Sächliche Verwaltungsausgaben	23.943.000	- 326.000	23.617.000
05 027	<u>Allgemeine Schüler- und Studierendenförderung</u>			
539 10	Fächerbezogenes Sprachtraining und Schreibberatung für nichtdeutsche Studierende	--	+ 400.000	400.000
681 30	Graduiertenförderung <i>Haushaltsvermerk unverändert</i>	3.280.000	+ 2.970.000	6.250.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
<b>05 040</b>	<b>Forschungsförderung</b>			
<b>TGr. 66</b>	<b>Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Forschungsinfrastruktur</b> <i>Haushaltsvermerke unverändert</i>			
685 66	Zuschüsse zur Förderung von Forschungsvorhaben, künstlerischen Entwicklungsvorhaben und patentfähigen Forschungsergebnissen	2.346.000	+ 4.054.000	6.400.000
<b>TGr.71</b>	<b>Offensive „Zukunftsorientierte Spitzenforschung“</b> <i>Haushaltsvermerke unverändert</i>			
685 71	Zuschüsse zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben	2.103.000	+ 4.247.000	6.350.000
<b>05 077</b>	<b>Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest</b>			
512 20	Herstellungs- und Versandkosten für Handreichungen zur Schul- und Unterrichtsorganisation und -praxis <i>Haushaltsvermerk unverändert</i>	86.000	- 10.000	76.000
518 10	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Haushaltsvermerk unverändert</i>	45.000	- 45.000	-
526 10	Kosten für Richtlinien und Lehrplankommissionen sowie für Sachverständige bzw. Gutachten <i>Haushaltsvermerk unverändert</i>	573.000	- 10.000	563.000
532 20 (neu)	Kosten für die Zeitschrift „Forum Schule“ Mehrausgaben dürfen in Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 20 geleistet werden (Korrespondenzvermerk zu Titel 119 20).	-	+ 459.000	459.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
<u>noch</u> 05 077	<b>Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest</b>			
539 10	Fachliche Förderung der Weiterbildung (einschließlich der Fortbildung von Mitarbeitern und Einrichtungen der Weiterbildung) <i>Haushaltsvermerke unverändert</i>	229.000	+ 40.000	269.000
547 10	Sonstige Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Haushaltsvermerke unverändert</i>	837.000	- 48.000	789.000
<b>TGr. 60</b>	<b>Konzeptionentwicklungen des Landesinstituts für das Netzwerk Medienberatung in NRW, insbesondere NRW-Bildungsserver learn:line</b> <i>Haushaltsvermerke unverändert</i>			
547 60	Sächliche Verwaltungsausgaben	496.000	- 20.000	476.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
<b>05 100</b>	<b>Hochschulen und Universitätsklinika Allgemein</b>			
TGr. 62	<b>Frauenförderung</b> <i>Haushaltsvermerke unverändert</i>			
429 62	Personalausgaben	680.000	+ 300.000	980.000
547 62	Änderung der Erläuterungen zum Titel: ... „ a) für die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten in den Hochschulen (ausschl. Landesaufgabe) .....710.000 DM“ ...	595.400	+ 300.000	895.400
TGr. 90	<b>Studienreform 2000 plus</b> <i>Haushaltsvermerke unverändert</i>			
547 90	Sächliche Verwaltungsausgaben	4.000.000	+ 4.500.000	8.500.000
<b>05 103</b>	<b>Fachbereich Medizin der Rheinischen Friedrich-Wilhelms- Universität Bonn und Universitätsklinikum Bonn</b>			
TGr. 65	<b>Universitätsklinikum</b> <i>Haushaltsvermerke unverändert</i>			
891 65	Zuschüsse für Investitionen <i>Verpflichtungsermächtigung unverändert</i>	102.510.100	- 3.751.000	98.759.100

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
<b>05 300</b>	<b>Schulen gemeinsam</b>			
527 10	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Haushaltsvermerk unverändert</i>	3.800.000	+ 460.000	4.260.000
527 30	Reisekostenvergütungen für Schulwanderungen und Schulfahrten <i>Haushaltsvermerk unverändert</i>	4.439.000	+ 211.000	4.650.000
539 20	Förderung der überörtlichen Arbeit der Schülervertretungen	301.000	+ 14.000	315.000
541 30	Woche der Schulkultur NRW und „Schultheater der Länder“ <i>Haushaltsvermerke unverändert</i>	165.000	+ 45.000	210.000
<b>Tgr. 70</b>	<b>Zusätzliche Betreuungsangebote an Grund- und Sonderschulen („Schule von acht bis eins“) sowie ausserunterrichtliche Förderangebote für ganztägige Betreuung in der Primarstufe und der Sekundarstufe I („Dreizehn Plus“) und Durchführung von Silentien</b> <i>Haushaltsvermerke unverändert</i>			
653 70	Zuweisungen an Gemeinden (GV) Verpflichtungsermächtigung: Bisher veranschlagt 29.900.000 DM Es treten hinzu <u>2.500.000 DM</u> Neu 32.400.000 DM	44.300.000	+ 2.500.000	46.800.000
	Änderung der Erläuterungen zur Titelgruppe: 1..... 3. Ganztägige Betreuung (Dreizehn Plus P) 2.800.000 DM (bisher 1.500.000 DM) 4. Silentien 3.000.000 DM (bisher 1.800.000 DM) .....Redaktionelle Anpassung des Erläuterungstextes zu 3. und 4..			

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
noch 05 300	Schulen gemeinsam			
TGr. 82	Innovationsfonds für Schule <i>Haushaltsvermerke unverändert</i>			
547 82	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben. <i>Verpflichtungsermächtigung unverändert</i>	334.000	+ 80.000	414.000
685 82	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland <i>Verpflichtungsermächtigung unverändert</i>	400.000	+ 350.000	750.000
	<p>Änderung der Erläuterungen zur Titelgruppe:</p> <p>1.....</p> <p>4.1 Gutachterliche Begleitung des Schulversuchs „Gemeinsamer Unterricht in der Sekundarstufe I (Zieldifferent) 100.000 DM (bisher 20.000 DM) .....</p> <p>5. Personalkosten für die wissenschaftliche Begleitung von Schul- und Modellversuchen, hier „NRW Schule 21“ 1.000.000 DM (bisher 650.000 DM) .....</p>			

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
<b>05 310</b>	<b>Öffentliche Grundschulen</b>			
653 20	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für Grundschulen zur vorschulischen Förderung der deutschen Sprache für Kinder aus Migrantenfamilien  Verpflichtungsermächtigung: Bisher veranschlagt 1.200.000 DM Es treten hinzu 600.000 DM Neu 1.800.000 DM	1.200.000	+ 1.200.000	2.400.000
<b>05 320</b>	<b>Öffentliche Hauptschulen</b>			
422 10	Bezüge der Beamten (und Richter) <i>Haushaltsvermerke unverändert</i>  <u>Planstellen:</u> ..... 3.342 (bisher 3.192) Bes.Gr. A 12 Lehrer/Lehrerin – mit der Befähigung für das Lehramt der Sekundarstufe I bei entsprechender Verwendung – ..... Erläuterungen zu den Personalausgaben: ..... Dazu zum Ausgleich a).....(Zeitbudget) 358 (bisher 208) ..... Stellen insgesamt 17.660 (bisher 17.510)	1.453.800.000	+ 6.300.000	1.460.100

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
<b>05 330</b>	<b>Öffentliche Realschulen</b>			
422 10	Bezüge der Beamten (und Richter) <i>Haushaltsvermerke unverändert</i> <u>Planstellen:</u> ..... 3.651 (bisher 3.151) Bes.Gr. A 12 Lehrer/Lehrerin – mit der Befähigung für das Lehramt der Sekundarstufe I bei entsprechender Verwendung – ..... Erläuterungen zu den Personalausgaben: ..... Dazu zum Ausgleich ..... f) für die Verbesserung der fachspezifischen Unterrichtsversorgung 500 (bisher -) ..... Stellen insgesamt 14.974 (bisher 14.474)	1.257.654.000	+ 21.000.000	1.278.654.000



Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
05 390	<p><b>Öffentliche Sonderschulen</b></p> <p>Bezüge der Beamten (und Richter) <i>Haushaltsvermerke unverändert</i></p> <p><u>Planstellen:</u> ..... 9.223 (bisher 9.148) Bes. Gr. A 13 Sonderschullehrer/Sonderschullehrerin .....</p> <p>Erläuterungen zu den Personalausgaben: .....</p> <p>Dazu zum Ausgleich a).....(Zeitbudget) 146 (bisher 71) .....</p> <p>Stellen insgesamt 13.278 (bisher 13.203)</p>	1.089.754.000	+ 3.150.000	1.092.904.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/weniger DM	neuer Ansatz DM
	<u>Einzelplanabschluß</u> Gesamteinnahmen Gesamtausgaben Verpflichtungsermächtigungen	2.053.157.900 30.271.054.500 472.521.900	-- + 53.020.000 + 3.100.000	2.053.157.900 30.324.074.500 475.621.900